

Führung / Kommunikation

VNW-Verbandsdirektor Breitner: Städtische Grundstücke deutlich günstiger anzubieten, wenn Käufer Sozialwohnungen bauen wollen

Beim Bürgermeisterseminar des Städteverbandes Schleswig-Holstein warb Andreas Breitner, Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V., für das „Lübecker Modell“. Breitner, selbst ehemaliger Bürgermeister (Rendsburg) sprach zum Thema „Kommunale Chefsache Wohnungsbau“, verdeutlichte die Relevanz bezahlbarer Wohnungen für die Entwicklung von Städten und Gemeinden. Sein Beispiel ist Lübeck. Hier hat Bürgermeister Bernd Saxe vorgeschlagen, städtische Grundstücke deutlich günstiger anzubieten, wenn sich der Käufer zum Bau von Sozialwohnungen verpflichtet. Laut Aussage des Bürgermeisters könnten dadurch Flächen um bis zu 90 Prozent günstiger erworben und damit dauerhaft niedrige Mieten gesichert werden.

VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner: „Bürgermeister Saxe hat verstanden, worum es geht. Günstige Mieten können wirtschaftlich nur realisiert werden, wenn Baukosten und Co. nicht übermäßig teuer sind. Da machen die Grundstückspreise eine Menge aus. Wir haben schon lange gefordert, weg vom Höchstpreisverfahren und hin zum Konzeptverfahren zu gehen. Saxe setzt dies nun um – mit guten Anreizen. Dies sollte Vorbild sein für alle Städte und Gemeinden. Es zeigt auch, dass Wohnungsbau Chefsache ist.“

Der Antrag von Saxe wird zurzeit vom Innenministerium geprüft. Er bedarf der Zustimmung von Bürgerschaft und Kommunalaufsicht. Das Liegenschaftsamt wurde beauftragt, eine Satzung zu erarbeiten, die den Verkauf der Grundstücke unter dem des Gutachterschätzwertes gestattet. Ergebnisse werden ab Anfang Juni erwartet. Außerdem forderte der VNW-Verbandsdirektor die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf, in ihren Kommunen wieder verstärkt auf den sozialen Wohnungsbau zu setzen.

Breitner sagte dazu: „Schleswig-Holstein hat da großen Nachholbedarf. In manchen Städten und Gemeinden ist die vergangenen Jahre nach dem Motto ‚Wer bei uns wohnen will, muss es sich leisten können‘ verfahren worden. Damit muss jetzt Schluss sein. Nicht nur, aber auch die verstärkte Zuwanderung erfordert ein Umdenken. Die Scheu vor sozialem Wohnungsbau ist unberechtigt. Mit der richtigen Durchmischung von geförderten und frei finanzierten Mietwohnungen und Eigentum leistet der geförderte Wohnungsbau einen wichtigen Beitrag für einen gesunden und bezahlbaren Wohnungsmarkt.“

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. vertritt 320 Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften (Hamburg: 91, Mecklenburg-Vorpommern: 150, Schleswig-Holstein: 79). In ihren 732.000 Wohnungen (Hamburg: 294.000, Mecklenburg-Vorpommern: 270.000, Schleswig-Holstein: 168.000) leben rund 1,4 Millionen Menschen.

Lena Fritschle



WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT